

Wirtschaftspolitische Ausrichtungen österreichischer Parteien im historischen Verlauf

Die Ausgestaltung österreichischer
Parteiprogrammatiken unter dem Einfluss neoliberalen
Gedankenguts

Christian Grimm

Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (ICAE)
Universität Linz

1

Agenda und...

1. Neoliberale Hegemonie als Ansatzpunkt der programmatischen Analyse
 - *Hayeks Rolle bei der Gründung der Mont Pèlerin Society*
 - *Faktoren des neoliberalen Turns und Sonderstatus des Austrokeynesianismus*
2. Methodische Konzeption
 - *Datenmaterial und Verfahrensweise*
3. Vergleichende Ergebnisdarstellung: exemplarische Ergebnisse
 - *Wandel in der Einstellung zur kapitalistischen Marktwirtschaft*
 - *Wandel in der Wahl wirtschaftspolitischer Instrumentarien*
 - *Wandel im Umgang mit Verteilungsgerechtigkeit*
4. Fazit

... Forschungsfragen

Welchen Einfluss hatte der neoliberale Turn in der Wirtschaftspolitik auf die politischen Programme österreichischer Parteien?

Welche neuen Vorstellungen hielten in diesem Zusammenhang Einzug in die Parteiprogrammatiken und welche Unterscheidungen lassen sich zu früheren Programmen (aus der keynesianischen Epoche) identifizieren?

1. Bemerkungen zum neoliberalen Hegemonialprojekt

- Hegemoniale Vormachtstellung des Neoliberalismus (NL) als Resultat eines langfristig angelegten Planungsprozesses:
„Wir müssen uns mit den Meinungen befassen, die sich verbreiten müssen, wenn eine freie Gesellschaft erhalten oder wiederhergestellt werden soll“ (z.n. Walpen 2004: 143)
- Wirtschaftspolitische Lage, interner Theoriediskurs und politische Umwälzungen als Faktoren des „neoliberalen Turns“
- Spezifikum des Austrokeynesianismus (≈ 1973-83) realkapitalistische Rahmenbedingungen beizubehalten

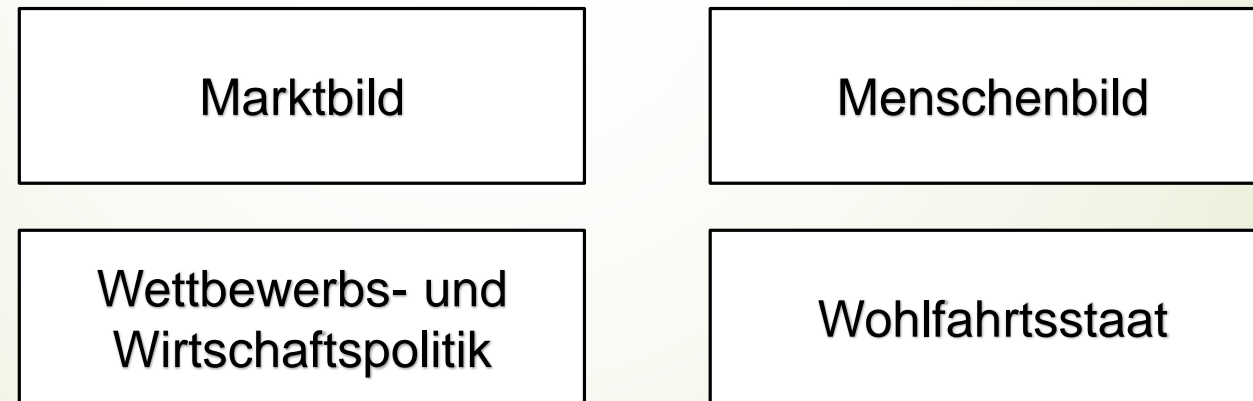
2. Methodische Konzeption

- Zu analysierendes Datenmaterial

Betrachtete Parteien	Programm aus „keynesianischer Epoche“	Aktuelles Programm aus „neoliberaler Epoche“
ÖVP	1972	1995
SPÖ	1978	1998
FPÖ	1973	2005*
GRÜNE	1986*	2001

- Breites ideologisches Spektrum der Auswahlbasis: allgemeine Annäherung an neoliberale Inhalte und Begrifflichkeiten als Indiz für neoliberale Deutungshoheit im Hayekschen Sinne zu werten

- Methodik der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring: quasi induktive Kategorienbildung
- Neoliberale Postulate als Bezugspunkte: (i) Markt als zentraler Steuerungsmechanismus, (ii) Angebotsorientierte Wettbewerbspolitik, (iii) Redefinition des Staat-Markt-Verhältnisses, (iv) Ablehnung kollektivistischer Strömungen, (v) Kritik am generösen Wohlfahrtsstaat, (vi) individualistisch geprägtes Menschenbild
- Dimensionale Einteilung der Referenzkategorien



3. Vergleichende Ergebnisdarstellung der Längsschnittanalyse

Veränderte Aspekte in den aktuellen Grundsatzprogrammatiken

- 1. Wandel in der Einstellung zur kapitalistischen Marktwirtschaft:
Glaube an marktwirtschaftliche Effizienz
- 2. Wandel in der Wahl wirtschaftspolitischer Instrumentarien:
Ordnungspolitische Rolle des Staates
- 3. Wandel im Umgang mit Verteilungsgerechtigkeit:
Beschränkung der wohlfahrtsstaatlichen Umverteilung

3.1. Wandel in der Einstellung zur kapitalistischen Marktwirtschaft

- Programmatiken aus der „keynesianischen Epoche“ Großteils geprägt von **Skepsis bzw. Ablehnung** des marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems

Untersuchungsdimension Marktbild	Parteiprogramm (Jahr)	Betrachtungsweise
Eigenschaften des Marktes	SPÖ (1978)	(i) Produktionsbedingungen schädigen Menschen und übergehen gesellschaftliche Bedürfnisse; (ii) Krisenanfälligkeit der Marktwirtschaft
	FPÖ (1973)	Marktwirtschaft fördert Freiheit & Eigenverantwortung, aber Fehlen eines endogenen Stabilisierungsmechanismus
	GRÜNE (1986)	Marktwirtschaft zerstört Umwelt und beutet Menschen aus
	ÖVP (1972)	Marktkräfte fördern bei freiem Wettbewerb Wachstum, Wohlstand & soziale Gerechtigkeit

Untersuchungsdimension Marktbild	Parteiprogramm (Jahr)	Betrachtungsweise
Eigenschaften des Marktes	SPÖ (1998)	Marktkräfte sorgen bei freiem Wettbewerb für Wohlstand & soziale Sicherheit, aber nicht zwingend für Verteilungsgerechtigkeit
	FPÖ (2005)	Marktkräfte fördern bei freiem Wettbewerb Leistungsbereitschaft, Wachstum & soziale Gerechtigkeit
	GRÜNE (2001)	Marktwirtschaft führt zur Ausbeutung natürlicher & menschlicher Ressourcen, aber auch zu Wachstum und Wohlstand
	ÖVP (1995)	Marktkräfte fördern bei freiem Wettbewerb Wachstum, Wohlstand & soziale Gerechtigkeit

- Nicht mehr die Überwindung des Systems (**SPÖ 1978**, **GRÜNE 1986**) oder die Notwendigkeit der Stabilisierung (**FPÖ 1973**), sondern v.a. die Vorzüge sowie der Glaube an die Stabilität der kapitalistischen Marktwirtschaft im Fokus.
Kontinuität in den **ÖVP**-Programmatiken

„Die SPÖ hat es sich zur Aufgabe gesetzt den konservativen Illusionen von den Selbstheilungskräften der Marktwirtschaft eine klare Analyse der wirklichen Krisenursachen entgegenzustellen“ (SPÖ 1978: 42)

„Steigende Lebensqualität, soziale Sicherheit und Vollbeschäftigung beruhen auf einer leistungsfähigen Volkswirtschaft“ (SPÖ 1998: 9)

„Zur Erfüllung der großen gemeinschaftlichen Aufgaben ist die staatliche Lenkungsfunktion und damit eine gewisse Machtstellung notwendig und im Sinne einer geplanten Zukunftsgestaltung auch wünschenswert. Planende und lenkende Eingriffe des Staates sind nicht grundsätzlich abzulehnen, sondern in jedem Einzelfall auf ihre Wirksamkeit zu prüfen“ (FPÖ 1973: 25, 51)

„Faire Marktwirtschaft fördert die Leistungsbereitschaft und weckt die schöpferischen Kräfte. Ein Staatsaufgabenkatalog soll als Beschränkung des Staates auf die ureigensten Staatsaufgaben einer Aufgabenausweitung vorbeugen“ (FPÖ 2005: 13,19)

„Dieses Wirtschaftssystem ist menschenfeindlich. Kurzfristig müssen wir seine schlimmsten Folgen mildern. Langfristig müssen wir es umbauen“ (GRÜNE 1986: 6)

„Die kapitalistische Marktwirtschaft führt zur Ausbeutung natürlicher und menschlicher Ressourcen (...). Zudem entsteht eine Tendenz, alles über den Markt regeln zu wollen, was zu einer zunehmenden Ökonomisierung aller Lebensbereiche führt. Die Grünen erkennen an, dass der Markt das effizienteste bisher bekannteste Steuerungsinstrument für wirtschaftliche Tätigkeiten ist“ (GRÜNE 2001: 18)

„Aufbauend auf den Grundlagen des Salzburger Programms hat die ÖVP das neue Ordnungsmodell der Ökosozialen Marktwirtschaft beschlossen, dass die Dynamik der Marktwirtschaft für den Ausbau des sozialen Netzes und für den Umweltschutz (...) mobilisiert“ (ÖVP 1972: 1)

„Ohne Erhaltung seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit (...) kann Österreich seiner Verpflichtung zu sozialer Gerechtigkeit weder gegenüber dem eigenen Volk, noch gegenüber der Völkerfamilie nachkommen“ (ÖVP 1995: 14)

3.2. Wandel in der Wahl wirtschaftspolitischer Instrumentarien

- Programmatiken aus der „keynesianischen Epoche“ Großteils einer aktiven staatlichen Wirtschaftspolitik verschrieben

Wettbewerbs- und Wirtschaftspolitik	Parteiprogramm (Jahr)	Betrachtungsweise
Maxime & wirtschaftspolitische Konsequenzen	SPÖ (1978)	Reformation des Wirtschaftssystems durch Überbetriebliche Planung des Produktionsprozesses sowie konjunkturelle Maßnahmen zur Nachfragestützung und Beschäftigungssicherung
	FPÖ (1973)	Systemerhaltung und Wettbewerbsfähigkeit durch planende Eingriffe des Staates
	GRÜNE (1986)	Ökologisches Wirtschaftssystem durch umweltpolitische Regulierungen
	ÖVP (1972)	Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch ordnungspolitische Rahmenbedingungen in Form einer wirtschaftsnahen Gesetzgebung

Wettbewerbs- und Wirtschaftspolitik	Parteiprogramm (Jahr)	Betrachtungsweise
Maxime & wirtschaftspolitische Konsequenzen	SPÖ (1998)	Wettbewerbsfähigkeit & soziale Gerechtigkeit durch staatliche Ordnungsvorgaben, aber auch Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung
	FPÖ (2005)	Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit & Reduktion des staatlichen Einflusses durch angebotsorientierte Wirtschaftspolitik
	GRÜNE (2001)	Wirtschaftliche Effizienz & ökologische Verträglichkeit durch staatliche Ordnungsbedingungen zum Schutz von Umwelt und Menschen
	ÖVP (1995)	Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit & Privatisierung von Staatsaufgaben durch ordnungspolitische Rahmenbedingungen in Form einer wirtschaftsnahen Gesetzgebung

- Abkehr von wirtschaftspolitischen Instrumenten zum Steuern oder Eingreifen in marktwirtschaftliche Prozesse (**SPÖ 1978**, **GRÜNE 1986**, teilweise **FPÖ 1973**). Betonung der ordnungspolitischen Rolle des Staates im Sinne der „Planung für den Markt“ → Angleichung an ordoliberalen Standards. Wiederum Kontinuität in den **ÖVP**-Programmatiken

3.3. Wandel im Umgang mit Verteilungsgerechtigkeit

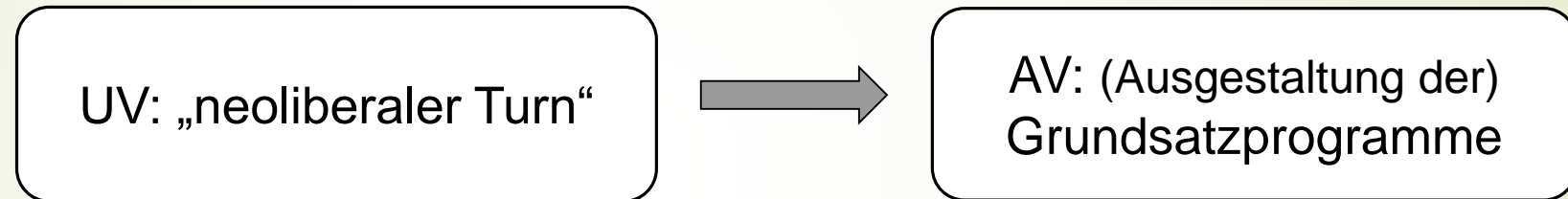
- Neues Verständnis von Verteilungsgerechtigkeit
- Koppelung des Leistungsprinzips mit der Einkommenshöhe als Legitimation für Ungleichheiten
- Nicht (vorrangig) politische sondern marktwirtschaftliche Mechanismen für Bestimmung des Einkommens ausschlaggebend
- Abermals Kontinuität in den **ÖVP**-Programmatiken (persönliche (Markt)Leistung Maßstab für das Einkommen)
Programmatiken der **GRÜNEN** für starke Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums

4. Fazit

- ❖ „Neoliberaler Turn“ wurde auch in Österreich vollzogen, jedoch unterschiedlich starke programmatische Annäherungen an neoliberale Inhalte und Begrifflichkeiten
- ❖ Größte Kontinuität bei den **ÖVP**-Programmatiken, größte Diskontinuität bei den **SPÖ**-Programmatiken
- ❖ Glaube an marktwirtschaftliche Effizienz hielt ebenso Einzug in Programmatiken, wie die neue Rolle des Staates als struktureller Ordnungsgeber
- ❖ Teilweise gegenläufige Entwicklungen beim „Menschenbild“

Diskussionsanregung

- Rekonstruktion des Kernarguments: „Österreichische Parteiprogrammatiken näherten sich als Resultat der neoliberalen Hegemonie an marktliberale Inhalte und Begrifflichkeiten an“



- NL als einzige ursächliche Erklärung für programmatische Veränderungen? Frage nach weiteren Einflussfaktoren?
- Weiterführende Forschung: Differenzierung zwischen programmatischen Schriften und politischer Entscheidungsebene (hier: implizite Annahme einer Verbindung: „Grundsatzprogramme von Parteien als allgemeine Richtschnur für deren Handeln“)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit